

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 22. Jänner 1919. Nr. 36.

**Missbrauch von Fahrtausweisen auf der Strassenbahn.** Schon während des Krieges musste die Strassenbahndirektion alle Mittel aufwenden, um einem stets mehr um sich greifenden Missbrauch mit allen Arten von Fahrtausweisen, hauptsächlich aber Freikarten zu steuern. Die anhaltende Verkehrsnot scheint aber diesen Unfug erst recht zu fördern, denn tagtäglich sind die Schaffner gezwungen, ungültige Streckenkarten, Monats- und Halbjahreskarten, Anweisungen, Freifahrtscheine u.dgl. wegen missbräuchlicher Verwendung abzunehmen. Infolge dessen sieht sich die Direktion genötigt, die schärfsten Massregeln zu ergreifen und auch Fahrtausweise, die der Zeit nach noch gültig wären, unachtsamlich einzuziehen und nicht mehr auszufolgen, wenn in irgend einer Richtung ein ungehöriger Gebrauch vorliegt, unter Umständen aber auch die Strafanzeige zu erstatten.

**Aus dem Stadtrat.** In der heutigen Stadtratssitzung berichtete StR. Dr. Kienböck über die Frage des Stadterweiterungsfondes und beantragt an den Staatsrat eine Denkschrift zu richten, in welcher die Rückgabe des noch vorhandenen Fonds an die Gemeinde begehrt wird; Sollte dieser Forderung nicht entsprochen werden, so sei mindestens zu verlangen, dass der Fond in die Verwaltung der Gemeinde zu übergehen hätte. - VB. Reumann beantragt nur den ersten Teil des Referentenantrages anzunehmen und bezüglich des zweiten Teiles die Regelung weiteren Verhandlungen vorzubehalten. - Der Referentenantrag wird schliesslich mit der Abänderung Reumann angenommen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 22. Jänner 1919. Nr. 37.

**Von der Direktion der Strassenbahnen.** Der Stadtrat hat den Zentral Inspektor der städtischen Strassenbahnen Dr. Wenzel Reuss über dessen eigenes Ansuchen nach 30 jähriger Dienstzeit in den dauernden Ruhestand versetzt. Er war vorher beim Magistrat, zuletzt in der Abteilung für das Verkehrswesen tätig und hat sich insbesondere bei den Vorarbeiten für die Verstadtlung der Wiener Strassenbahnen verdient gemacht. In Anerkennung dieser Leistungen wurde er anlässlich der Errichtung einer Direktion der städtischen Strassenbahnen mit der Leitung der Abteilung für Rechts- und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten betraut. Später wurde er als Gruppenvorstand zum Vorsitzenden des zur Vertretung des Direktors bestehenden Direktionsausschusses berufen und als solcher zum Zentral Inspektor ernannt. Er war auch Obmann der Krankenkasse, in welcher Eigenschaft er den Personalnährtrug.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den Betriebsleiter Zentral Inspektor Ing. Ottokar Hradetzky zum Vorsitzenden des Direktionsausschusses, den 1. Rechtskonsulenten Dr. Adolf Knall zum Vorstand der Gruppe für Rechts- und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ernannt.

**Die Schweizer Hilfe für Wien.** Im Stadtrat erschien heute GR. Dr. von Schwarz-Hiller, um über Ersuchen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner dem Stadtrate einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis seines Aufenthaltes in Bern in der Zeit vom 26. November 1918 bis 2. Jänner 1919 zu erstatten. Dem Bericht ist insbesondere zu entnehmen, dass es dem GR. Dr. von Schwarz Hiller als Vertreter der Gemeinde Wien gelungen sei, die Hilfsaktion für Wien in die Wege zu leiten, während es sehr schwer gewesen wäre, eine Aktion für ganz Deutschösterreich durchzuführen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach namens des Stadtrates dem Gemeinderat Dr. von Schwarz-Hiller für seine umsichtige zielbewusste und erfolgreiche Tätigkeit den besten Dank aus. Dem Berichte sei zu entnehmen, dass die Tätigkeit des GR. Dr. von Schwarz Hiller nicht nur von unmittelbarer Wirkung war, sondern auch von grossem moralischen Einfluss auf die in die Nähe gedrückte Hilfe der Entente sei. Der Bürgermeister erklärte, er werde heute im Gemeinderate über die Schweizer Hilfsaktion eine Mitteilung machen. Er schliesse sich dem Vorschlage des GR. Dr. von Schwarz-Hiller an in dem Sinne, dass es nicht genüge, den Dank der Stadt Wien in einer einfachen Zuschrift jenen Herren, welche sich besonders um die Hilfsaktion verdient gemacht haben, zu übermitteln. Die GR. Emmerling, Dr. Hein, Regierungsrat Schmal und VB. Reumann schlossen sich den Dankesworten des Bürgermeisters an. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Ueber die Form der Ehrung jener Herrn der Schweiz, welche besonders für die Stadt Wien eingetreten sind, wird nach Einholung eines Vorschlages der städtischen Aemter und eines Gutachtens verschiedener Künstler dem Stadtrate ein Bericht vorgelegt werden.

**Der Stand der Arbeitslosen in Wien.** In der heutigen Stadtratssitzung erstattete VB. Reumann einen Bericht des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien über den derzeitigen Stand der Arbeitslosen in Wien, wonach die Zahl der mit Arbeitslosenunterstützung beteiligten Personen in Wien bereits über 91.000 gestiegen sei. Rechnet man diejenigen hinzu, die aus irgend welchen Gründen keine Unterstützung erhalten, so kann die Zahl der Arbeitslosen mit über 100.000 angenommen werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen immer deutlicher, dass die Arbeitslosenunterstützung eine bedenkliche Abnahme der Arbeitswilligkeit mit sich bringt. Immer schwerer wird es, die vorhandenen Arbeitsplätze zu besetzen, insbesondere an hauswirtschaftlichen Personen und an Bedienerinnen herrscht noch immer ein ganz bedeutender Mangel. Es wurden daher Plakate und Flugzettel gedruckt, durch welche die Frauen auf die hauswirtschaftlichen Berufe aufmerksam gemacht werden. VB. Reumann beantragte den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen, dass solche Ankündigungszettel auch in den Strassenbahnwagen angebracht werden.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 22. Jänner 1919.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält zu Beginn der Sitzung dem verstorbenen Gemeinderate Dr. vobn Dr. von Dorn einen warmempfundenen Nachruf.

Sodann teilt der Bürgermeister mit, dass das Kuratorium des Trabrennvereines der Gemeinde neuerlich 120.000 Kronen in Kriessanleihe an Spende habe zukommen lassen und zwar mit der Bestimmung für die Kinderschutzzestationen 50.000 Kronen, für den Verein Kinderfreunde 50.000 Kronen und für den Verein Hauskrankenpflege 20.000 Kronen. Dies sei mit der ersten Spende bereits ein Betrag von 200.000 Kronen.

Weiters haben gespendet: Egon Dorn, Besitzer des Etablissements Ronacher als Reinertragnis einer Wohltätigkeitsvorstellung für die Armen Wiens K 3277.-, Robert S. Kardos, Besitzer des Promenadenkaffees 450 Kronen und für die Armen des ersten Bezirkes 5 kg Thee, Hugo Fürst, Besitzer des Grabencafes für die Armen des 1. Bezirkes K 1000.-, Johann Presl, Besitzer des Eszterhazybades für die Armen des 6. Bezirkes K 500.-, Dr. August Kolisko, Vertreter der Erben nach dem verstorbenen Ministerialrates I.P. Theodor Hanke, Edlen von Hankenberg für die Armen Wiens Kronen 500.-, Felix Berger aus Züri für die Notleidenden in Wien K 500.-, Ing. Karl Edler von Stigler, für die Armen des 7. Bezirkes K 300.-, Dr. Guido Müller aus der Verlassenschaft nach der verstorbenen Privaten Therese Sauter für die Armen des 3. Bezirkes K 200.-, A. Weiner, aus der Verlassenschaft nach dem verstorbenen Mitachf der Firma W.W. Weiss für die Armen des 20. Bezirkes K 200.-, Julius Kränzl, Besitzer des Kaffee Payr für die Armen des 6. Bezirkes K 200.-, Felix Kronek Edler von Lichtenhausen für die Armen des 6. Bezirk K 100.-, Sozialhilfe-Gemeinschaft Anita Müller für die Kinder der Kinderpflegeanstalt der Stadt Wien 50 Stück Eier, 1 Schachtel Cakes, 5 kg Honig, Ludwig Geiger, Selchmeister für die kranken Pfleglinge der Bürgerversorgungsanstalt 200 Paar Frankfurter Würstel, Hans Siller, Meiereibesitzer für die kranken Pfleglinge der Bürgerversorgungsanstalt 20 Liter Milchkaffee, für die städtischen Sammlungen Adam Müller Guttenbrunn 15 Aquarelle mit Figurinen und Dekorationsentwürfe zur ersten Aufführung von Raimunda Gefesselte Phantasie.

Der Bürgermeister legt sodann ausführliche Berichte über die drei Lebensmittelaktionen der letzten Zeit für Wien vor.

Er führt dabei aus, dass die Lebensmittelpakete aus Siegmundsherberg einen Wert von rund 28.000.000 Kronen repräsentieren. Soweit dem Magistrat Berichte vorliegen wurde die Abgabe dieser Pakete bisher in klagloser Weise durchgeführt und hat dieselbe allenthalben bei der Bevölkerung, insbesondere mit Rücksicht auf die in dieser Woche stattfundene Brotkürzung Beifall gefunden. Ich kann diesen Bericht sagt der BGM. nicht besser schliessen als dass ich für diese hochherzige Spende des Königs von Italien und des italienischen Volkes im Namen der armen Bevölkerung Wiens den verbindlichsten Dank des Wiener Gemeinderates zum Ausdruck bringe.

Bei diesem Anlasse sei es mir aber auch gesätigt, denjenigen Persönlichkeiten namens des Wiener Gemeinderates zu gedenken, welche sich in selbstloser Weise für die unentgeltliche Ueberlassung dieser Liebesgabenpakete an die Armen Wiens eingesetzt haben: es sind dies: Der schweizerische Gesandte

Exzellenz Dr. Ch. D. Bourcart, Der Chef der italienischen Kommission zur Ueberprüfung des Waffenstillstandes - Abkommens, General Segre, der Gerent der italienischen Konsulatskanzlei Giacomo Zanoni, Der am Wiener Hofe beglaubigte „untius, Exzellenz Graf Spiegelefeld vom Roten Kreuze in Wien und Oberst Menna, ehemaliger Kommandant des Lagers in Siegmundsherberg.

Ich spreche diesen Funktionären namens der Gemeinde Wien von dieser Stelle den wärmsten Dank für ihre charakteristische Tätigkeit aus. Was die zweite Aktion, die Ententesendungen anbelangt, wäre zu bemerken, dass in dem Zeitpunkte wo die Verhandlungen begannen, die Vertreter der Entente an die Notlage Wiens noch nicht glaubten. Es ist tatsächlich notwendig gewesen, dass durch eine geeignete Persönlichkeit die Entente von den Verhältnissen in Wien unterrichtet wurde. Ueber die Ententesendungen selbst wäre zu berichten:

Durch einen am Brenner eingetretenen Lawinensturz wurden die Getreidesendungen aus Italien in der ersten Jännerwoche durch beinahe 14 Tage behindert und trat hierdurch die Notwendigkeit ein, in der laufenden Woche mit einer Brotkürzung vorzugehen. Glücklicherweise sind aber die so sehnüchtig erwarteten ersten Getreidezuschüsse bereits wieder am 18. Jänner in Wien eingelangt und laufen seither mit ziemlicher Regelmässigkeit, sodass mit Grund anzunehmen ist, dass die durch das Elementarereignis hervorgerufene Stockung in der Felge behoben ist. Ebenso sind die ersten Sendungen an Kondensmilch bereits eingelangt und grössere Mengen von Zitronen eingetroffen. Hinsichtlich der Fett-Transporte rechnet das Ernährungsamt schon in den nächsten Tagen mit den ersten Ankünften. Seferne nicht ausserordentliche Ereignisse eintreten, hat es den Anschein, als ob die von der Entente zugesagte Lebensmittelhilfe nunmehr einen glatten Verlauf nehmen und uns über die schwierige nächste Zukunft glücklich helfen wird.

Was die Schweizer Hilfsaktion anlangt, wäre zu berichten. Der hiesige Gesandte der Schweiz Minister Dr. Ch. Bourcart hat schon Anfangs November mit seinen Bemühungen eingesetzt, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die trostlosen Ernährungsverhältnisse Wiens zu lenken und die Weiterleistung dieser Situationsberichte an die Ententemächte erbeten. Es ist unzweifelhaft, dass dieser Notschrei gerade in der Schweiz auf günstigen Boden fiel. Mit unermüdlichem Eifer hat auch der Delegierte des Wiener Gemeinderates Dr. von Schwarz Hiller, in diese Aktion, durch seine Anwesenheit in Bern eingegriffen und es kam am 19. Dezember 1918 zur bekannten Motion Jäger, mit welcher die sofortige Entsendung von Lebensmitteltransporten an die notleidende Wiener Bevölkerung angeregt und bei Unterstützung sämtlicher Parteien des Nationalrates zum Beschlusse erhoben wurde. Auch Dr. Ferriere sen., der bekanntlich in Wien die Verhältnisse an Ort und Stelle studierte, hat ebenso wie Baron Slatin diese Aktion wärmstens unterstützt und viel zur Beschleunigung der Lebensmittelsendungen beigetragen. Die Wahrnehmungen, die Dr. Ferriere sammelte, haben im befähigt, mit vollem Eifer an der Schnelligkeit für unsere Besserung der Ernährungslage zu arbeiten. Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben,



GR. Hohensinner betont in seiner Anfrage, dass die Taderungszulagen nur wegen der bedeutend verminderten Kaufkraft des Geldes gegeben werden, damit der Angestellte seine Lebensführung wenigstens annähernd auf dem gewohnten Niveau erhalten kann. Das gleiche Recht muss dem Pensionisten auf alle Taderungszulagen in der Höhe, wie sie die Aktiven erhalten endlich ausgesprochen und durch die Durchführung anerkannt werden. Es ist daher ein Gebot der Billigkeit, die Pensionen der Altpensionisten, deren Zahl eine ganz geringe und immer kleiner werdende ist, nach den neuesten Pensionsbestimmungen festzusetzen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, den Magistrat zu veranlassen, den Gemeinderäte Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen, nach welchen die Pensionisten die gleichen Zulagen erhalten, wie die aktiven Beamten mit derselben Dienstzeit und im gleichem Range und ferner den Altpensionisten die Ruhegehälter nach den letzten Pensionsbestimmungen für Beamte und Lehrer zuerkannt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die Gemeinde hat die Kriegsschulden ihrer Angestellten den dienstmäßigen staatlichen Massnahmen angepasst. Nur bei den Pensionisten, insbesondere bei denen, mit dem Mindesten Bezügen ist sie über das staatliche Mass hinausgegangen. Die Gemeinde ist sicherlich jederzeit bereit, die gerechtfertigten Wünsche ihrer Angestellten zu erfüllen, nur liegt eine Grenze in der finanziellen Leistungsfähigkeit. Es könnten die angelegten Erhöhungen der Bezüge selbstverständlich nicht auf die Lehrer beschränkt bleiben, sondern müssten auf alle städtischen Angestellten erstreckt werden. Der Magistrat wird, falls er hierzu beauftragt wird, über die finanziellen Wirkungen und die Durchführbarkeit Bericht erstatten.

GR. Ullrich richtet an den Bürgermeister eine Anfrage, betreffend die Einhaltung der Vorschriften über die Gasersparnis und weist darauf hin, dass in Besessal der Universitätsbibliothek Gas geradezu verschwendet wird, indem dort, um die Räume zu erwärmen, tagsüber die Gasflammen brennen. Er fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, zu veranlassen, dass die Gasvorschriften auch in diesem Falle beachtet werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Das Brennen von Leuchtflammen zur Erwärmung von Räumen ist nach den nicht geltenden Bestimmungen der Stathaltersverordnung vom 11. September 1917 verboten. Dieses Verbot hat auch für Schulen Geltung. Den städtischen Gaswerken war die missbräuchliche Verwendung des Gases in den Räumen der Universitätsbibliothek bisher nicht bekannt geworden; anderenfalls wäre sofort nachdrücklichst dagegen eingeschritten worden. Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten und die n.ö. Landesregierung werden von dieser missbräuchlichen Gasverwendung in Kenntnis gesetzt werden. Im Falle der Feststellung einer neuerlichen Missachtung der Sparvorschriften durch die Leitung der Universitätsbibliothek würde die Gaslieferung für diese Räume vor den Gaswerken eingestellt werden.

GR. Hohensinner richtet an den Bürgermeister eine Anfrage, in der er darauf hinweist, dass die Friedhofsfrage eine beständige Sorge der Gemeindeverwaltung bilde. Fortwährend müssen Erweiterungen der Friedhöfe vorgenommen

werden und die Kosten der Leichenbestattungen werden immer grösser. Die Feuerbestattung lässt sich hingegen auf einen beschränkten Raum und mit ganz geringen finanziellen Mitteln durchführen. Es wird gefragt: In welchem Stadium der Beratung sich die Anträge auf Errichtung einer Feuerhalle befinden und warum das Ersuchen um Gestattung der oberirdischen Aufstellung von Urnen auf den städtischen Friedhöfen, sowie um Anlegung eines Urnenhaines nicht bewilligt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich habe eine Eingabe des Vereines der Freunde der Feuerbestattung „Die Flamme“, die mir die Vereinsleitung kürzlich überreicht hat und die sich inhaltlich mit der Anfrage des Interpellanten deckt, zum Anlass genommen, den Magistrat zu beauftragen, die Angelegenheit in das Stadium der Verhandlung zu führen und ich gewärtige, dass mir und dem Stadtrat der Magistrat hierüber ehestens berichten wird.

GR. Hammerich fragt an, ob der Bürgermeister in Anbetracht des Arbeitslosenstandes von Wien dafür Sorge wird, dass der der Firma Büssing erteilte und wieder entzogene Auftrag zur Reparatur von Lautenautos aufrecht erhalten wird.

Der Bürgermeister erwidert: Unter den von der Gemeinde von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung erworbenen 90 Lastkraftwagen befindet sich auch eine grössere Anzahl von Reparaturbedürftigen Büssingwagen, welche der Firma mit dem Auftrag bestellt wurden, sie zu untersuchen und Kostenvoranschläge vorzulegen. Dieser Weisung wurde nur bezüglich eines Wagens entsprochen, die anderen Kostenvoranschläge sind noch ausständig. Eine Zurückziehung der Bestellungen ist nicht erfolgt, doch wurde der Firma vom Stadtbauamt ausdrücklich bedeutet, dass von der Vorlage der Kostenvoranschläge und vor Erwirkung der Genehmigung mit der Reparatur nicht begonnen werden darf.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller richtet in Anbetracht der Verletzung des Prinzips des Rechtes der Gemeinhaltung der Privatverhältnisse, die anlässlich der in Wien erfolgten Konkordierung der Wahlberechtigten vorgekommen ist, an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, die massgebenden städtischen Aemter dahin anzuweisen, dass sie bei allen derartigen künftigen Zahlungen die Durchführung der in Betracht kommenden behördlichen Massnahmen derart organisieren, dass das Recht auf Geheimhaltung der Privatverhältnisse der Bürger in keiner, wie immer gearteten Weise verletzt werden kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: In der Kundmachung des Magistrates vom 4. Jänner 1919 betreffend die allgemeine Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Verzeichnung der Wahlberechtigten für die konstituierende Nationalversammlung, wurde unter Punkt 2 verlaubt, dass es jedem Wahlberechtigten auch freigestellt ist, sein Wähleranlegeblatt auch unmittelbar im Wege des magistratischen Bezirksamtes seines Wohnortes an die Wahlbehörde zu übersenden. Dies geschah in der Erwägung, um Familienverhältnisse, die aus Gründen diskreter Natur vor anderen Personen verborgen bleiben sollen, geheim halten zu können. In der Anweisung für die mit der Überprüfung der Wähleranlegeblätter dieser Art betrauten Beauftragten des Magistrates wurde diesen ausdrücklich eingeschrieben, alle die persönlichen und Familienverhältnisse betreffenden Fragen mit besonderer Rücksicht zu behandeln. Aus diesen Anordnungen des

Magistrates ergibt sich, dass anlässlich der Verzeichnung der Wahlberechtigten alles vorgekehrt wurde, um die Preisgabe schenungsbüffiger Privatverhältnisse hintanzuhalten.

Die Gemeinderäte Untermüller und Waldman fragen an, ob der Bürgermeister geneigt sei, sich massgebenden Orten dafür einzusetzen, dass ehestens eine Regelung des Begriffes „Mindestbemittelte“ unter Bedachtnahme auf die geänderten Verhältnisse erfolge.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist zweifellos, dass die Grenze für die Mindestbemittelten viel zu eng gezogen ist. Bei den heutigen Verhältnissen, wo der Geldwert gesunken ist, würde sich empfehlen, eine höhere Grenze zu fixieren. Ich behandle diese Interpellation als Antrag und werde dem Magistrat zur Berichterstattung veranlassen.

GR. Schäfer richtet in Ausführungen der Misstände bei der Futtermittelzentrale an den Bürgermeister die Anfrage, ob er gewillt ist, mit all seiner Macht und der Autorität, die ihm 2 1/2 Millionen Bürger geben, sich dafür einzusetzen, dass diese Wiener Schande, die entsetzliche Zentralenwirtschaft samt ihrer Miswirtschaft endlich aufgehoben wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Am 11.12.1918 wurde in der previsorischen Landesversammlung der Antrag gestellt, und zum Beschluss erhoben, die staatliche Rankfutterbewirtschaftung aufzulassen. Daraufhin fanden beim Staatsamt für Volksernährung Verhandlungen statt, welchen Vertreter der Landwirtschaft und der verschiedenen Verbrauchergruppen in Wien beigezogen wurden. Die Vertreter der Landwirtschaft sprachen sich für die Auflassung aus, die Vertreter der Verbraucher erklärten einer Auflassung nicht zustimmen zu können. Eine Entschliessung der Staatsamtes für Volksernährung zu dem Antrage der Landesversammlung ist bis heute nicht erfolgt. Uebrigens scheinen Sie Herr Kollege Schäfer meine Macht zu überschätzen, wenn Sie glauben, dass ich diese Herkulesarbeit allein verbringen kann. Da müssen alle zusammenhelfen, vielleicht wird es uns doch einmal gelingen.

GR. Richter bespricht in einer Anfrage die in der letzten Zeit in den Tageszeitungen bekannt gegebene verschärfte Steuererhebungsmodalitäten der verschiedenen Steuerkategorien, die in den Kreisen der Geschäfts- und Gewerbeinhaber die ärgsten Befürchtungen für die nächste Zukunft hervorgerufen haben. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, an kompetenter Stelle vorzusprechen, um im Interesse der Gewerbetreibenden Erleichterungen bei der Abstattung der Steuerleistungen zu erwirken.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller weist in einer Anfrage auf die Art und Weise des Vorgehens der Steuerbehörden gegenüber dem Publikum hin, wo persönlicher Hass und persönliche Missgunst oft auf den Rücken von Steuerpflichtigen ausgetragen wird und ersucht den Bürgermeister, sein besonderes Augenmerk diesem Teile der öffentlichen Verwaltung zuwenden. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister nicht geneigt wäre, eine entsprechende Vorlage für den Wiener Gemeinderat auszuarbeiten zu lassen, welche in einer Vollversammlung des Wiener Gemeinderates besprochen werden sollte. Sollte nicht schon in der Zwischenzeit der warnenden Stimme der Wiener Gemeindeverwaltung Gehör geschenkt werden, so wäre in Erwägung zu ziehen, ob die Gemeinde Wien nicht ihre Mithilfe bei der Einbringung der Steuern zu verlangen hätte.

GR. Schäfer richtet unter Hinweis auf die in der letzten Zeit stattgefundene Handhabung der Steuerpraxis an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, dem Staatsamt für Finanzen klar zu machen, dass der Staat und die Stadt ihre Steuerzahler auch in der Zukunft brauchen und dass diese Zukunft in der staatlichen Unterstützung des Gewerbetreibenden nicht aber im Zwang desselben zur Flucht auf den Zentralfriedhof bestehen kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist zweifellos, dass das Vorgehen des Staatsamtes für Finanzen, sowie der Steueradministrationen in einer Weise auf die Bevölkerung drückt, die nicht mehr ertragen werden kann. Ich fürchte sehr, dass der Staatssekretär für Finanzen den Mittelstand so ruiniert, dass er keine Steuerträger aus diesen Kreisen mehr haben wird. Der Stadtrat hat sich mit dieser Sache bereits befasst. Wir werden in Zukunft ein vernünftiges Steuersystem brauchen. Der Stadtrat wird sich in seiner morgigen Sitzung mit der Steuerfrage beschäftigen.

Die GR. Breuer und Jung verweisen in einer Interpellation, dass der im Prater befindliche Phönixpalast im Oktober 1914 von der Militärbehörde zu Kinnquartierungszwecken requiriert wurde, die bis März 1918 andauerte. Durch diese Benützung wurden die Besitzer nicht in der Ausübung ihres Gewerbes verhindert und auch dadurch geschädigt, dass die Lokalitäten äusserst schweren Schäden erlitten. Nach Abzug der Truppen wurde zwar eine Schadenersatzvergütung zugesprochen, aber bisher noch nicht ausbezahlt. Die Interpellanten fragen an, ob der Bürgermeister geneigt sei, alles anzubieten, damit diese schwer geschädigten Gewerbetreibenden wieder in die Lage versetzt werden, ihren bürgerlichen Beruf wieder nachgehen zu können.

Der Bürgermeister erwidert: Mit h.ö. Zuschrift vom 25 April 1918 wurde an die Intendanz des Militärkommandos in Wien das Ersuchen gerichtet, ~~den~~ den Schadenersatzbeitrag der Besitzerin zur Auszahlung zu bringen und was ich zufolge der Interpellation veranlassen, an das obgenannte Kommando neuerlich das Ersuchen zu richten, dem bereits fälligen Betrag ehestens zu liquidieren.

GR. Kokrdá richtet <sup>bei den</sup> ~~über~~ <sup>Wahrenzweissungen</sup> des Bezirkswirtschaftsamtes an das Konsumentenorganisationen zutage getretenen Unzukömmlichkeiten an den Bürgermeister die Anfrage, ob er bereit ist, dem Bezirkswirtschaftsamte den Auftrag zu erteilen, die Konsumentenorganisationen genauso zu behandeln, wie die sonstigen Abgabestellen des Handels und Gewerbes, das Wirtschaftsamt zu beauftragen, dass die den Konsumentenorganisationen auf Grund der Verpflegsstände zukommenden Wahlmengen unmittelbar - ohne den Umweg über die „Wileg“ - zugewiesen werden. Sollte die unmittelbare Zuweisung an die Konsumentenorganisationen aus irgend einem Grunde unzulässig sein, so stellt der Interpellant die Frage: Sind die Zuschläge, welche die Wileg bei den einzelnen Waren einhält, von dem Bezirkswirtschaftsamte genehmigt? Wenn ja, ob der Bürgermeister geneigt ist, zu veranlassen, dass die Zustände vom Bezirkswirtschaftsamte entsprechend herabgesetzt werden. Der Bürgermeister wird ersucht, dem Bezirkswirtschaftsamte den Auftrag zu erteilen, dass den L.M.V. die noch fehlende Menge von 6 1/2 Waggons Marmelade sofort zugewiesen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Zuweisung von Marmelade an die Konsumentenorganisationen, deren das Recht der direkten Belieferung zugestanden wurde, erfolgt stets gleichzeitig mit der Zuweisung an die allgemeinen städtischen Abbestellen. Die im Lagerhaus eintreffende Marmelade wird von der Wieleg übernommen und nach den Weisungen des Bezirkswirtschaftsamtes an die einzelnen Abgabestellen und Konsumentenvereinigungen abgegeben, wodurch eine bedeutende Vereinfachung der Gebahrung und Verrechnung erzielt wird. Die Wieleg hat die Verpflichtung übernommen, die Gewichts-differenz zwischen dem Auslagerungsgewichte und dem Abgabegewichte, sowie die Tariffdifferenzen zu tragen. Zu diesem Zwecke wurde ein Zuschlag von 10 h per kg zugestanden. Da die Schwierigkeiten in der Zuweisung nunmehr behoben sind, so ist die Zuweisung der restlichen 6 1/2 Waggons in der nächsten Woche zu gewärtigen. Eine Benachteiligung der Mitglieder des Verbandes ist durch die verspätete Lieferung des Restes nicht eingetreten, da Marmelade nicht rayoniert ist und es jedem Bezugsberechtigten freistand, sein Marmeladequantum bei seiner Konsumentenorganisation oder einer allgemeinen Abgabestelle zu beziehen.

GR. Winter: verweist in einer Interpellation an den Notstand des Frauenheims, XII., Frauenheimgasse, wo während des Krieges die vorhandenen Mittel nicht ausreichten, um die Frauen zu ~~hmk~~ beköstigen und fragt an, ob der Bürgermeister geneigt sei, geeignete Massnahmen zu treffen, um das Heim und die darin ansässigen Frauen vor dem Hunger wirksam zu bewahren.

Der Bgm. erwidert: Das Heim erhält seit Oktober 1916 von der Gemeinde Wien ständige Mehlzuweisungen. Vor der am 16. Jänner 1918 eingetretenen Kürzung der Verschleissab-l-quoten erhielt dieses Heim für je drei Wochen 80 kg Mehl und nachher dasselbe Quantum für 6 Wochen. Ausserdem erhielt das Heim über fallweises Ansuchen Lebensmittelzubussen, zuletzt am 13. Nov. 1918 40 kg Kartoffelwalgries. Im abgelaufenen Jahre erhielt das Heim 92 kg Erbsenmargarine, neuer bereits 18 kg und ist auch ein weitere Fettzubusse in Aussicht genommen. Es besteht nach wie vor kein Anstand, dass falls die Anstalt neuerdings um Lebensmittelzubussen ersucht, diesem Ansuchen nach Massgabe der verfügbaren Vorräte willfahrt wird.

GR. Vogel verweist in einer Anfrage darauf, dass der Amnestierlass des Bürgermeisters betreffend die Strassenbahnbediensteten von der Strassenbahndirektion noch immer nicht in jener grosszügigen Weise durchgeführt wird, wie ihm der Bürgermeister beabsichtigt hat, und stellt die Anfrage: ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Strassenbahndirektion anzuweisen, ehestens die Amnestie weitestgehend durchzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der städt. Strassenbahnen, nach dem die Verfügung sowohl bezüglich der Amnestie, die sich auf die Subsidiarstrafen bezieht, als auch bezüglich der Apollition über alle anhängigen Untersuchungen vollinhaltlich durchgeführt wurde, und bemerkt dazu: wenn Fälle vorkommen, in denen dies nicht geschehen sein sollte, bitte ich, mir individuell unter Bekanntgabe des Namens Mitteilung zu machen.

GR. Adametz fragt den Bürgermeister, ob er nicht veranlassen wolle, dass die Auflassung der Haltestelle „Grin-zingerstrasse“ der Linie 36 rückgängig gemacht werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, in dem es heisst: die Entfernung von der mit Rücksicht auf die Kohlennot aufgelassene Hal-testelle Grinzingstrasse auf der Linie 36 (nach Nussdorf) bis zu der nächsten städtisch gelegenen Haltestelle „Moslackengasse“ (beim Heiligenstädter Bahnhof) beträgt 500 Meter, zur Haltestelle auf den Nussdorfer Platz aber 700 Meter. Es ist nicht zu leugnen, dass diese Entfernungen an und für sich weit sind, doch ist das Gebiet in der dortigen Gegend mit Ausnahme mehrerer Fabriken sehr wenig bebaut und befinden sich einzelne dieser Unternehmungen in wesentlich kleinerem Abstand von den in Betracht kommenden vorgenannten beiden Haltestellen. Sobald die Kohlennot eine Aufhebung der allerstrengsten Sparmassregeln erlaubt, wird die Direktion auch die Wiedereinführung dieser Haltestelle in die Wege leiten. Der Bürgermeister bemerkte hierzu: ich werde diese Sache dem Stadtrate vorlegen, er möge sich mit der Angelegenheit befassen. Ich kann nicht umhin zu bemerken, dass jeder der verehrten Kollegen eine Linie hat. Wenn die Kohlennot endlich behoben wäre, damit wir wieder in normale Verhältnisse anfallen Linien kommen.

GR. Hammerschmidt verweist in einer Anfrage auf die Strassenpflege im 20. Bezirk insbesondere auf den Zustand des oberen Teiles der Engerthstrasse, der sanitätswidrig und einer Grosstadt unwürdig sei, und fragt den Bürgermeister, ob er geneigt ist zu veranlassen, dass dieser unhaltbare Zustand ehe-baldigt beseitigt wird, indem diese Strassen einer gründlichen Reinigung, resp. Pflasterung unterzogen werde-

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht des Stadtbeamten in dem es heisst: die gepflasterten Strassen werden mit Maschinen gekehrt und teilweise gewaschen. Zur Handarbeit standen leider nur 77 Strassenarbeiter und 8 Arbeiterinnen zur Verfügung. Alle Bemühungen, Arbeitslose zur Strassenreinigung heranzuziehen, waren erfolglos. Die Bezahlung für neu eintretende Arbeiter beträgt für ledige K 10.36 und für kinderreiche bis K 18.48. Bei der Arbeitslosen Unter-stützung von täglich K 6.--, wenn je K 1.-- für Frau und jedes Kind, erscheint die Spannung nicht gross genug, um bis-her Leute zur Strassenreinigung zu bekommen. Es würden sofort 1000 Arbeiter eingestellt werden, wenn sich arbeitswillige melden würden. Die Engerthstrasse ist von der Stromstrasse bis zum Nordbahndamm noch nicht ausgebaut. Eine Pflasterung der Engerthstrasse soll gleichzeitig mit der vorzunehmenden Hebung der Hochwasserkanäle und dem Einbau der Strassenbahn erfolgen, welche letztere Arbeiten aber derzeit noch nicht usgerührt werden können, da das Schienmaterial für die Strassenbahn fehlt. Eine provisorische Instandsetzung ist für das Frühjahr in Aussicht genommen.

GR. Bummelhart richtet in einer Anfrage an den Bürgermeister das Ersuchen, sogleich veranlassen zu wollen, dass den Hilfskräften im Zentralwahlkataster einreden derzeitigen Teuerungsverhältnissen und der Wichtigkeit ihrer Arbeitsleistung vollkommen entsprechende Entlohnung zu Teil werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich halte es für selbstverständlich, dass diesen Hilfskräften eine entsprechende Zulage gewährt wird. Die Leute plagen sich bis in die dunkle Nacht und müssen eine Berücksichtigung, sei es durch Geld, sei es durch Zuwendung von Lebensmitteln, finden.

GR. Karl Richter, Dr. Bannenberg und Paul Richter stellen an den Bürgermeister die Anfrage, was gedankter Herr Bürgermeister zu tun, dass der Schichtlohn der Holzarbeiter der Gemeinde Wien in der kürzesten Zeit entsprechend erhöht wird, dass das seit dem Herbst gestellte Ansuchen auf Erhöhung der Akkordlöhne erfüllt wird und dass schliesslich auch den Holzarbeitern der Gemeinde Wien jene Fürsorge für den Fall der Krankheit und eines Unfalls zuteil wird, welche die Arbeiter privater Betriebe geniessen.

BGM. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht des Forst-amtes über die bei der Forstverwaltung Nasswald erfolgende Vergebung der Holzschlaggerarbeiten im Akkordwege auf Grund von sogenannten Gedingprotokollen an einzelne örtliche anässige Holzknechte als Akkordanten und bemerkt: Ich werde mit Erlauben im Stadtrat einen Bericht und Antrag zu stellen, nach dem mir diese Art der Vergebung der Holzgefälle nicht passt und mir auf eine modernere Art der Arbeitsvergebung kommen müssen (Zustimmung)

GR. Meissl verweist darauf, dass die Aushilfsdiener des Magistrates mit K 10.-- täglich und nur 30 Halber für die Überstunde entlohnt werden und fragt, ist der Herr Bürgermeister geneigt, diesen Angestellten ein Lebensführungsregulativ ausarbeiten zu lassen, worin ihnen die Mittel und Wege bekanntgegeben werden, wie es möglich ist, eine Familie mit täglich K 10.-- ernähren zu können.

BGM. Dr. Weiskirchner: Aus der vorliegenden Anfrage kann nicht entnommen werden, welche Kategorie von Angestellten der Herr Interpellant im Auge hat. S. 348. Diener mit der Bezeichnung „Aushilfsdiener“ und der in der Anfrage angegebene Entlohnung existieren beim Wiener Magistrat nicht. (Hört) Ich lade den Herrn Antragsteller ein, mir jene Aufschlüsse zu geben, die mir eine Beantwortung ermöglichen.

GR. Ruechak stellt die Anfrage: ist der Herr Bürgermeister geneigt, anzuordnen, dass nun auch die Linie 6 an Sonn- und Feiertagen wieder verkehrt?

BGM. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, die mit Rücksicht auf die Kohlennot erfolgte Einschränkung des Sonntagsbetriebes, in dem es heisst: wenn es die Kohlenbelieferung ermöglicht, soll an Sonn- und Feiertagen wieder der Betrieb auf dem gesamten Netz aufgenommen werden, nicht aber auf einzelnen Linien, weil dies immer nur zu Unzufriedenheit Veranlassung gibt. Es sind nämlich auch von anderen Seiten Wünsche nach Wiedereinführung von Sonntagslinien eingekommen, die ebenso wie die Linie 6 Berücksichtigung finden müssten.

GR. Meissl teilt mit, dass er in Erfahrung gebracht habe, dass die Zentralen von dem beschlagnahmten militärischen Lebensmittelvorräten Umengen von Wien in die Provinz verschleppt liessen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt, vom Staatsamte für Volksernährung die Bekanntgabe derjenigen Lebensmittel zu verlangen, welche von Wien weggeschleppt wurden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, dass ihm über diese Angelegenheit nichts bekannt sei, er aber der Sache nachgehen werde.

GR. Schreiber stellt an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, beim Staatsamte für Gewerbe, Industrie und Handel dahin zu wirken, dass nunmehr mit aller Energie an die Behebung technischer Unzulänglichkeiten im Telefonwesen geschritten wird, weiters ebenso energisch für das rascheste Erscheinen eines Telefonbuches sich einzusetzen und vom Staatsamte für Gewerbe, Industrie und Handel Aufklärung zu verlangen, warum von den Telefonabonnenten die Einhebung der Gebühr für das Telefonbuch verlangt wird, ohne dass ihnen solches gegeben oder in sichere Aussicht gestellt wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, er werde sich an den Städtesekretär Dr. Urban und an den Postamtsdirektor wenden und um Abstellung dieses Uebelstandes ersuchen.

~~GR. Reismann~~

GR. Reismann fragt, ob der Bürgermeister den Beamten, welche anlässlich der Vorbereitungen für die Wahl in die Nationalversammlung Ueberstunden machen eine entsprechende Vergütung gewährt wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Bei der Magistrats-Direktion steht eine Eingabe des Klubs der Konekr.-Beamten um Erhöhung der Entschädigung für die im Konekriptionsamte stattfindenden Nachmittagsfrequenzen in Amtshandlung, worüber in den nächsten Tagen dem Stadtrate antragstellend berichtet werden wird. Hierbei ist eine entsprechende Erhöhung der Gebühren in Aussicht genommen.

GR. Reismann fragt, ob der Bürgermeister das Nötige veranlassen wolle, dass die Verkehrsverhältnisse in der Eichenstrasse geregelt oder der Vorgarten des Hauses Eichenstrasse 27 eingelöst werde, da sich dort schon wiederholt Unglücksfälle durch die Badener-Strassenbahn ereignet haben.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Wegen der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit war es nicht möglich, die nötigen Erhebungen zu pflegen.

GR. Doppler weist in einer Anfrage darauf hin, dass nach ihm von verlässlicher Seite angekommenen Mitteilungen von den Magazinen im Hauptzollamte wiederholtig grosse Mengen von verfaulten Gemüsesorten weggeführt wurden und dass im Magazin 14 des Hauptzollamtes seit längerer Zeit ungefähr 1000 kg Kraut liegen, das schon teilweise bereits verdorben teils aber noch bei raschem Einschreiten für den menschlichen Genuss gerettet werden könnte. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, zu veranlassen, dass in dieser Sache eine sofortige objektive und verlässliche Untersuchung eingeleitet wird und ob der Bürgermeister für den Fall, als die Mitteilungen sich als wahr erweisen, Vorsorge treffen wolle, dass die noch brauchbaren Lebensmittel unter der Aufsicht von Organen der Gemeinde Wien sogleich unentgeltlich an die darbedende Bevölkerung verteilt und die schuldtragenden Personen der gerechten Strafe zugeführt werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Tatsächlich wurden in den Magazinen des Hauptzollamtes grössere Mengen Zwiebel und Weiskraut als Eigentum des Lebensmittelamtes des Staatsamtes für Finanzen eingelagert. Es ist sehr bedauerlich, dass diese Ware so unsachgemäss konserviert wurde, dass sie verdorben und das Lebensmittelamt hätte mindestens die nur in geringfügiger Weise beschädigten Waren zu billigen Preisen abgeben sollen.

Die Gemeinderäte Dr. Grün, Emmerling, Bermann und Hermann Fischer weisen in einer Anfrage auf die Häufung des Fleckfiebers hin und stellen <sup>mehrere</sup> ~~minimale~~ Fragen wegen der Reinigung der heimkehrenden Offiziere und Soldaten.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, dass an den Grenzen der ehemaligen MonarchieReinigungsanstalten errichtet sind, die jedoch von ihren derzeitigen Besitzern nicht bestimmungsgemäss betrieben werden. Das Staatsamt für Volksgesundheit hat mit den anderen Nationalstaaten Verhandlungen eingeleitet, die Reinigung in diesen Anstalten ~~wieder~~ wieder aufzunehmen, und ~~das~~ beabsichtigt auch in Gänssdorf und Marchoegg Reinigungsanstalten zu errichten. Auf den Wr. Bahnhöfen ist ein ärztlicher Infektionsdienst eingerichtet, aber die Gemeindeverwaltung hat als Zivilbehörde nicht die Macht, die in Uniform ankommenden Heimkehrer zu einer "Beschränkung ihrer Freiheit" zu verhalten.

Der Bürgermeister erklärt, er werde diese Anfrage benützen, um mit dem Staatsamt für Volksgesundheit und Heereswesen neuerliche Massnahmen zu besprechen.

In Beantwortung einer Interpellation des GR. Franz Kurz aus der letzten Sitzung teilt der Bürgermeister mit: Die Geldschlagstrasse im 13. Bezirk von No 140 bis zur Lennschlagasse konnte bis jetzt nicht strassenmässig ausgestaltet werden, weil der Strassengrund teils noch Privateigentum, teils zwar schon öffentliches Gut ist, aber noch nicht in den physischen Besitz übernommen werden konnte, da die Parzellierungswerber beziehungsweise die Eigentümer der einzelnen Baustellen die richtige Höhenlage noch nicht hergestellt haben. Gegenwärtig wird der Strassengrund der Geldschlagstrasse zum grössten Teile mit den anliegenden Gärten zu Schrebergartenanlagen benützt.

GR. Suchanek beantragt, den Namen "Kaiser Wilhelm Ring" wieder in "Park Ring" anzuhängen.

GR. Witzmann stellt den Antrag, das in der Schule Felberstrasse 42/44 mit zwei Wannen und zwei Buschen untergebrachte Bad ist unter Benützung der vorhandenen anschliessenden Räume für den Bedarf der diese Schule besuchenden 2000 Kinder auszubauen und die im Hause befindliche Küche für eine Schulküche in Anspruch zu nehmen.

GR. J. Linder stellt den Antrag, dass das Projekt der Strassenbahnlinie 39 über die Krottenbachstrasse nach Neustift am Walde weitergeführt und diese Arbeiten als Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden.

GR. Broczyner bringt den Antrag ein, allen städtischen Angestellten, die durch eine militärische Friedensdienstzeit (Präsenzdienst etc.) eingetretene, unfreiwillige Unterbrechung der Gemeindedienstzeit zur Gänze im einfachen Ausmass auch in die Vorrückungs- (Beförderungs-) Frist einzurechnen.

GR. J. Linder beantragt, auf den Grund des sogenannten Fürstengarten einen Teil dieser Anlage zur Errichtung von grossen Kinderspielwiesen zu verwenden und womöglich dafür zu sorgen, dass diese Kinderspielwiesen schon im Frühjahr 1919 den Kinder zur Verfügung stehen.

GR. Hellmann stellt folgenden Antrag: 1. Die vom Militär verwendeten Schulgebäude sind unverzüglich so in Stand zu setzen, dass in allen Schulen Wiens der Unterricht in vollem Umfange aufgenommen werden kann und 2. Die Schülerzahl in den

Unterricht erfolgreich gestaltet werden kann und ausserdem alle überzähligen Lehrkräfte entsprechende Verwendung finden.

GR. Breitner beantragt: Zum Zwecke der Neuordnung des gesamten Zahlungs-, Versorgungs- und Arbeitsverhältnisse und Schaffung einer modernen Dienstpragmatik möge der Staat ohne Verzug eine Kommission einsetzen, in der alle Kategorien von städtischen Angestellten - ebenso jede des Magistrates wie der kommunalen Betriebe - durch freigewählte Vertreter paritätsreich Sitz und Stimme haben.

Die Gemeinderäte Karl Untermüller und Waldman stellen den Antrag, dass die bei den Wahlarbeiten verwendeten weiblichen Schreibkräfte hinsichtlich der Entlohnung mit den männlichen gleichgestellt werden sollen.

GR. Angela stellt folgenden Antrag: Die während des Krieges stark vernachlässigten Parkanlagen sind wieder in ihren früheren Zustand zu versetzen und ~~das~~ dies als Notstandsarbeit durchzuführen. Mit dem Umstechen und Regenerieren der zertretenen Rasenflächen ist nach Möglichkeit sofort zu beginnen. Die Ueberwachung der Parkanlagen soll im Sommer in wirksamer Weise durch Invalide durchgeführt werden. Das Schnalzen in den Parkanlagen und auf den Strassen von Seite der Kinder ist auf das strengste zu verbieten und ist auch die Sicherheitswache auf diesen Unfug besonders aufmerksam zu machen.

GR. Jung und Kerber stellen folgenden Antrag: Es wird von den auf Kriegedauer angestellten substituierenden Lehrkräften niemand entlassen. Die Lehrkräfte sind im Sinne dieses Antrages nach eigenen von der Schulbehörde zu verfassenden Detailverschriften zweckmässig zu beschäftigen und zwar: 1.) Im Interesse des eigenen praktischen Einlebens in das Schulgetriebe. 2.) Im Interesse der Schuljugend. Wer für die Jugend sorgt, sorgt für das Volk und seine Zukunft, wer den Lehrstand fördert, fördert zugleich unser wertvollstes Gut, die Jugend.

GR. Richter stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschliessen: Die Linie 16, welche im 21. Bezirke den Verkehr zwischen Wagramerstrasse nach Stadlau vermittelt und auch die Linie 17, welche Floridsdorf Donauefeld und Kagran verbindet, auch des Sonntags in Betrieb zu setzen.

GR. Ing. Seidl stellt einen Antrag, betreffend die volle Anrechnung der bei den privaten Gasgesellschaften zugebrachten Dienstjahre für die im Jahre 1912 in die Dienste der städtischen Gaswerke übernommenen Beamten.

GR. Bermann stellt einen Antrag, auf Erhöhung der Bezüge der Heimkehrer auch bei der Gemeinde entsprechen einer Vollzugsanweisung des Staatsrates.

GR. Paulitschke stellt den Antrag, die von der städtischen Hauptkasse ausgestellten Gehaltsbögen in der Weise zu reformieren, dass die einzelnen Bezüge gesondert ausgewiesen werden.

GR. Spalowsky stellt den Antrag, an Sonntagen und Feiertagen auch die Linie 57 wieder in Verkehr zu setzen, da die über die Mariahilferstrasse verkehrenden Linien ungemein überlastet sind.

GR. Kurz stellt den Antrag, an Sonn- und Feiertagen auch die Linie 73 wieder in Verkehr zu setzen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass laut einer Zuschrift des Staatsamtes der Finanzen dieses Amt dem Zentralverbande von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs den Ausfall an Kapital und Zinsen zu 75 % ersetzen wird, wenn Darlehen unentgeltlich werden, die nach den Grundzügen der Kriegskredit Hilfe für das mittelständische Gewerbe bewilligt und vom Zentralverbande ausbezahlt worden sind. Der Bürgermeister bemerkt, dass hierdurch das Referat des Gemeinderates Breuer über diesen Gegenstand hinfällig geworden sei.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten:

VB. Rain übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss berichtet über die Bewilligung des Betrages von K 1.250.000 anlässlich der Durchführung der Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung 1919.

GR. Dr. Hein: Die Wahlkosten sind bedeutend. Es sind eigentlich die Kosten des übertragenen Wirkungskreises, die den Staat treffen sollten. Wenn wir schon die Kosten tragen, müssen wir den Wunsch aussprechen, dass die Wählerlisten vollständig sind. Zunächst be antworte ich, dass die deutschen Reichsangehörigen nicht in den Listen aufgenommen wurden, sondern bloss auf das Reklamationsverfahren angewiesen wurden. Weiters habe ich es nicht für richtig befunden, dass man bei Anlage der Wählerliste die Hausbesorger in dem Masse in Anspruch genommen hat, so dass er zur Kenntnis gewisser Diskrepanzen gelangt ist. Auch Uebelstände aus früheren Zeiten wurden beibehalten. So wurde beispielsweise in vielen Bezirken auf den Amtstafeln Aufrufe einer Partei affigiert, was den gegenwärtigen Verhältnissen in der Gemeinde durchaus nicht entspricht. Die Bezirksvorsteher dürfen sich nicht als Organe einer Partei aufspielen, Amtorgane dürfen nicht einseitig einer Partei dienen. Diese Grundsätze werden von der gesamten Bevölkerung gebilligt und auf deren Durchführung müssen wir dringen. Der Referentenantrag wird genehmigt.

VB. Hoss berichtet über eine Titeländerung der Beamten des Hilfestandes des Stadtbauamtes.

GR. Vangoin tritt dafür ein, den Mittelschultechnikern jene Stellung zu gewähren, die ihnen infolge ihrer Stellung und ihrer Vorbildung entspricht. Man hat sie immer als Hilfsstatus bezeichnet und sie haben sich in ihrem Avancement zurückgesetzt gefühlt. Bei dem letzten Zeitavancement hat sich die Gemeindevertretung mit dieser Frage beschäftigt und die Wünsche dieser Kategorie der Beamten haben teilweise Berücksichtigung gefunden. Redner gibt die Anregung, dass endlich mit der Bezeichnung Hilfsstatus aufgeräumt werde. Auch die Qualifikation passe in die jetzige Zeit nicht mehr hinein. Es ist nicht notwendig, dass Leute im Dienste ergraut sind, immer nur die Arbeit eines Hilfsbeamten verrichten.

VB. Hoss betont, dass er zur gegebenen Anregung jetzt nicht Stellung nehmen könne, weil sie nicht im Umfange seines Referates liege. Nach einem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

Ein Antrag des VB. Hoss wegen Bewilligung eines Beitrages von 50.000 Kronen zur Errichtung einer Gemeinschaftsküche für die Angestellten des städtischen Gaswerkes wird angenommen.

GR. Dr. Haas berichtet über die dem Verein Brigittaspital zu gewährende Bestandzinsermässigung für den städtischen Grund im 20. Bezirk Eke Strom- und Pasettigasse.

GR. Anita Müller stellt im Laufe ihrer Ausführungen zu dem Berichte den Antrag, die Gemeinde möge sich mit dem

Staatsamt für soziale Fürsorge in Verbindung setzen, um dem Mutterschutz jedwede Förderung angeeignet zu lassen. Na

Nach dem Schlusswort des Referenten wird sein Antrag angenommen und der Antrag der GR. Müller der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Nach einem Berichte des Stadtrates Haas wird ein zweiter Zuschusskredit des Voranschlages 1918/1919 „Feuerlöschwesen“, verschiedene Erfordernisse im Betrage von 1137/ K angenommen. Ebenso wird ein zweiter Zuschusskredit anlässlich des Ankaufes eines Kraftwagens mit Pumpe für die städtische Feuerwehr angenommen.

GR. Schwer berichtet über die Herstellung von Werkstatträumen für die städtische Feuerwehr und die Bewilligung eines Zuschusskredites von 142.000 Kronen.

GR. Moisl: Die Feuerwehr ist ein Schandfleck der Verwaltung der christlichsozialen Partei, die die Feuerwehrmänner bei 72 stündigem Dienste mit 3 K 30 Heller für den Tag bezahlt. Wie es gegolten hat, den Gemeinderäten Diäten zu verschaffen, und den Stadträten höhere Gebühren zu geben da waren sie gleich dabei. Es wird endlich eine Zeit kommen, wo Ihre Parteien wegrasiert werden wird und sie haben schon auf dieser Seite (nach links weisend) das Harakiri begehen müssen. Es ist keiner in diesem Saal, der noch so rückschrittlich denkt, wie Sie. Ich verlange ~~unbedingt~~ dass endlich die Regelung der Bezüge und des Dienstes der städtischen Berufsfeuerwehr auf die Tagesordnung des Gemeinderates komme. Es ist eine Schande für die Gemeinde Wien, wie die städtische Berufsfeuerwehr da steht. Wir haben auch etwas darsin zu reden, machen Sie sich mit Ihren Arbeitergruppen nicht lächerlich. Der Zwang und die Gewalt ist vorüber. Wir bemühen uns auch die Stimmen der Arbeiterschaft zu bekommen, aber nicht in der Form von Phrasen wie Sie. Vergessen Sie nicht, dass ich mit den Stimmen der

städtischen Berufsfeuerwehr gewählt worden bin und dass ich meine Wahlkosten selbst bezahlt habe. Sie wurden mit jüdischem Geld gefüttert. Es entstehen heftige Gegenrufe ~~von~~ auf der rechten Seite, die in gegenseitige Vorwürfe ausklingen.

GR. Haas erwähnt, dass die Frage der Besoldung der städtischen Feuerwehr den Stadtrat beschäftigen werde und dann dem Gemeinderate vorgelegt werden wird. Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Helmann berichtet über die Schlussabrechnung über den Schulbau in der Felberstrasse 42/44.

GR. Witzmann bittet, dass man die nach der Militäreinquartierung in dieser Schule nöwendigen Adaptionsarbeiten schleunigst in Angriff nehme, da es sich um eine Schule für 2000 Kinder mit 39 Lehrzimmern handelt und beantragt die Vergrösserung des im Gebäude befindlichen Bades, sowie die Uebernahme der vom Militär eingeführten Küchen zur Ausspeisung der Kinder und zur Errichtung von Kochkursen für die weibliche Jugend der Arbeiterschaft.

Der Referent Bericht wurde zur Kenntnis genommen und die Anträge des Gemeinderates Witzmann der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Gr. Hötzel und Melcher berichten über Grundtransaktionen. Ihre Anträge werden angenommen.

Nach einem Berichte des Gr. Kienböck wird gegen die Vorschreibung eine Erwerbssteuer für den Betrieb der Gräberaus schmückung auf den städtischen Friedhöfen die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Hierauf werden die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen mittels Zuruf vorgenommen.

Nach einem Berichte des Gr. Paul Richter wird den geistlichen Pflugeschwestern im Jubiläums-Spital und in den städtische Versorgungshäusern eine Teuerungszulage ein Anschaffungsbeitrag und die Beistellung von Dienstschuhen gewährt.

Nach einem Berichte des Gr. Schmid wird den Betriebsamten der städtischen Elektrizitätswerke eine für die Pension anrechenbare Personalzulage von jährlich 600 Kronen bewilligt.

Gr. Schmid berichtet über die Entschädigung der Herren Ing. Rhombert und Josef Oelz für ihr Projekt der Verwertung der Wasserkräfte des Ennsflusses.

Gr. Vaugoin bespricht das Endprojekt und befürwortet die Ausnützung der Wasserkräfte der Donau in der unmittelbaren Nähe Wiens. Es wäre auch möglich, für Zillingdorfnach weite Kohlenflächen zu erschliessen, dann könnte man das Zillingdorfer Werk ausbauen, hätte die Schwierigkeit der Leitung nicht und könnte Winter und Sommer den notwendigen Strom beziehen. Es würde sich lohnen in dieser Richtung zu forschen, ob es nicht möglich wäre, die Kohlenvorkommen in Zillingsdorf so zu erschliessen und auszubauen, dass wir auf Jahre hinaus von der elektrischen Versorgung Wiens entoben wäre. (Beifall).

Nach dem Schlusswortes des Gr. Schmid wird der Stadtratsantrag angenommen.

VBGM. Reimann übernimmt den Vorsitz.

Gr. Schmid berichtet über die Errichtung eines Wasserkraft- und Elektrizitäts - Wirtschaftsamt durch den Staatsrat und beantragt:

- 1.) Die Gemeinde Wien begrüsst die Errichtung desselben und erblickt in dieser Massnahme ein geeignetes Mittel, die durch die Verhältnisse gebotene rasche und grosszügige Lösung der schwierigen Probleme zu erzielen.
- 2.) Es wird gemäss § 2 des Organisationsstatutes dieses Amtes der in die beratende Kommission zu entsendende Vertreter der Gemeinde Wien und ein Ersatzmann gewählt.
- 3.) Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, an den Staatsrat heranzutreten, dass der Gemeinde entsprechend ihrer besonderen Stellung eine Vertretung im Direktorium und die Entsendung von 2 Vertretern in die beratende Kommission des W.E.W.A. eingeräumt wird.

Gemeinde Abstimmung.

Gr. Herold bemängelt den einseitigen Standpunkt den Steiermark in dieser Frage einnimmt und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass dieses im Interesse des Gesamtwohles seine Stellung ändert und bemängelt das Hemmnis, dass der Gemeinde Wien die Konzession versagt wurde. Er beantragt, dass der Gemeinde Wien 2 Sitze im Direktorium und 3 in der beratenden Kommission eingeräumt werden.

Bei der Abstimmung wurden die Referenten - Anträge genehmigt, der des Gr. Herold abgelehnt.

VBGM. Lain berichtet über die Erhöhung der Bezüge für die Präsidialkraftwagenlenker. Der Antrag, ihre Bezüge monatlich um K 20.- sowie die Verköstigungsgebühr von jährlich K 150.- ab 1. Oktober 1918 zu erhöhen, ist angenommen.

VBGM. Lain erstattet die Berichte über den Beitritt der Gemeinde Wien zur Eiereinkaufsgesellschaft für Deutsch-Oesterreich und zur Errichtung einer Molkersei-Produkten Einkaufsges. Die Anträge werden angenommen.

Gr. Tomola berichtet über das Kostenerfordernis für bauliche Herstellungen im städt. Armenhause im XVI. Bezirke zum Zwecke der Jugendfürsorge. Der Antrag wird angenommen.

Gr. Tomola berichtet über die Nachsicht der Beheizung - u. Beleuchtungskosten für die im Gewerbegerichtsgebäude, VIII. Bezirk untergebrachte Kinderbücherei der Ortschaftsrates des VIII. Bezirkes. Der Referentenantrag wird angenommen.

Gr. Tomola berichtet über den Ausbau städt. Kindergärten zu Volkkindergärten.

Gr. Anita Müller führt aus, dass für die Frauen Politik Volkwohlfahrt bedeutet. Alle Bestrebungen mögen den Schutzbedürftigen Kindern gelten, und ganz besonders seien Wohlfahrts einrichtungen für vorschulische Kinder ins Auge zu fassen. Gerade in diesem Alter wird in den Kindern die Grundlage für Tuberkulose gelegt, sie leiden an Rabbitis u.s.w. und man muss sich die seelische Mitter dieser Kinder vorstellen, die ihre Leiden allein in ihrer Wohnung ertragen müssen. 10 % der Kinder müssen vom Schulbesuche zurückgestellt werden, weil sie körperlich zu schwach sind, 30 % der Kinder weisen bereits beim Beginn des Schulbesuches schwere innerliche Schäden auf. Die Horte und Kindergärten zeigen einen Uebelstand, in dem sie zu spät eröffnet werden, und dadurch werden gerade diejenigen Kinder, die deren am meisten bedürfen, von ihnen ausgeschlossen. Es ist zu hoffen, dass die Volkkindergärten diesem Uebelstande abhelfen werden. Es kommen jene Kinder nicht in die Horte, für die die Horte eigentlich gedacht sind, weil die Eltern die Kontrolle durch die Fürsorgerinnen fürchten. Vielleicht wäre es hier gut, den Hortzwang einzuführen, um die Eltern zu veranlassen die Kinder dorthin bringen zu müssen. Ich weise auf den furchtbaren Strassen- und Hausbettel der Kinder hin, der im Kriege

stark zugenommen hat. Es nützen die besten Fürsorgemassnahmen nichts, wenn man diesen Uebelständen nicht an den Leib geht. Es wäre Sache der Gemeinde, in Erwägung zu ziehen, ähnlich wie es in Prag und Budapest geschehen ist, eine eigene Kinderpolizei zu schaffen, das heisst, Fürsorgerinnen zu bestellen, die die bettelnden Kinder in den Strassen aufsuchen und in die Horte bringen.

Gr. Marie Schwarz begrüsst den vorliegenden Antrag und schliesst sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin an. Sie stellt ferner folgenden Zusatzantrag: Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in den weiten Schichten der Bevölkerung auch schon viele noch im schulpflichtigen Alter stehenden Mädchen zur Wartung und Beaufsichtigung kleiner Kinder verwendet werden, wird beantragt, dass Mädchenhorte in räumlichem Zusammenhange mit Privatanstalten und Kindergärten eingerichtet werden, damit grössere Mädchen unter fachlicher Leitung planmässig zur Mithilfe herangezogen, in den einfachsten Handreichungen und in den besonders in gesundheitlicher Beziehung notwendigen Vorschriften unterrichtet und eingewöhnt werden.

Frau Dr. Seidel besorgt es, dass so viele Kinder in einzelnen Kinder gärten untergebracht sind, dass es kaum möglich ist, dass alle die Kinder von den Kindergärtnerinnen entsprechend besorgt werden können und dass sich die Kindergärtnerinnen mit allen Kindern beschäftigen. Auf eine Auf sichts person kommen in den inneren Bezirken 60 Kinder, im Ottakring auf 699 Kinder drei Kindergärtnerinnen. Die Bednerin wünscht ferner eine ärztli che Inspektion in den Kindergärten.

Berichterstatler StR. Komola bezeichnet die Ausführungen der Frau Anita Müller für vollständig richtig, die Kindergärten erst knapp vor dem Kriege von der Gemeinde übernommen worden, während des Krieges sei eine Aenderung nicht möglich gewesen. Die Anregung der Frau G. Schwarz werde in neu er richtenden Kindergärten sicherlich berücksichtigt werden. Die ärztliche Inspektion sei bereits in Bezirken eingeführt, während des Krieges seien infolge Mangels an Ärzten die Einföhrung in allen Bezirken nicht durchführ bar gewesen. Die Ausführungen der Frau Dr. Seidel dürften auf einem Irr tum beruhen, durchschnittlich entfallen auf je 50 Kinder eine Kindergärt nerin, es sind aber viel weniger Kinder, weil gewöhnlich ein Drittel dem Kindergarten fernbleibt. In jedem Kindergarten ist ferner eine Kinderwärterin welche aber nichts anderes zu tun hat, als die Kinder anzuziehen und an dere kleine Dienste zu leisten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen, der Antrag der Frau Dr. Maria Schwarz wird genügend unterstützt und dem Stadtrate zugewiesen.

StR. Komola legt die Ansuchen jener Vereinigungen um Subventionen vor, welche in der letzten Stadtratsitzung ohne Einwände genehmigt wurden. Die selben betreffen 299 Vereine und Einrichtungen.

StR. Winter: Ich will über den Widerstand einige Worte sprechen, der von unserem Stadtrate erhoben wurde. Wir haben zunächst die Fragen über die Grund stützen aufgeworfen, nach denen die Subventionsbeiträge an die einzelnen Vereine gegeben wurden. Darauf haben wir keine befriedigende Auskunft erhal ten und daher die Einsetzung eines Komitees gefordert, dem die Aufgabe zu kommt, nachzuforschen, ob die Subventionen berechtigt sind. Weiters obliegt diesem Komitee die Aufgabe die Richtlinien für die Zukunft festzustellen. Eine Reihe von Subventionen wurde im Stadtrate bewilligt, da sie vom alten Stadtrate angenommen wurden und wie es hiesse, die Vereine gewohnheitsge mäße mit diesen Beträgen schon gerechnet haben. Künftig wollen wir Sozial demokraten dass, wenn die Stadt Geld ausgibt, genutzt werden muss, wenn sie es gibt. Es ist der Stadt würdig und entsprechend den Wünschen der Bürger die Interessen aller Bürger wahrzunehmen und keine Unterstützungen für irgend welche parteipolitische Zwecke auszugeben. Wenn wir diese Grund sätze wahrnehmen, wird uns soviel Geld übrig bleiben, dass wir alle Vereine, die Arbeit leisten, die uns also unsere Arbeit unterstützen, reichlich werden bedenken können. Ferner sind wir gegen Unterstützung aller konfessionellen Einrichtungen. Aus der Liste die uns vorliegt, haben wir entnommen, dass Willkür und Protektion herrscht und wir hoffen, dass die Helfer der Bürger so verwaltet werden, dass alle Bürger

mit uns einverstanden sind. Nur so werden wir das Verwalter der Gemeinde sein.

StR. Hein gibt im Namen seiner Partei die Erklärung ab, dass sie mit der bisherigen Subventionspraxis nicht übereinstimmen, wogegen sie schon wiederholt Einspruch erhoben haben. Die christlichsoziale Partei hat den Volksbildungsverein seinerzeit geradezu schmächtig behandelt, nicht anders ist dem Volksheim gegangen. Wir verlangen also eine gründliche Aenderung der Subventionspraxis, dem gegenwärtigen Antrage stimmen wir, da die Vereine nicht schon mit dem Gelde rechnen zu. Auch für die Einsetzung des Stadt ratskomitees treten wir ein.

StR. Annelie Seidel führt einzelne Vereine an, die, wie sie anführt, überraschlich mit Subventionen bedacht wurden und wendet sich gegen die Unterstützung der verschiedenen Kongregationen und der kirchlichen Schul institute. Die kirchlichen Organisationen sollen sich Schulen errichten soviel sie wollen, aber die Helfer der Einwohner dürfen dazu nicht ver wendet werden. (Beifall)

StR. Anna Strobl: Es gibt eine grosse Masse Leute, denen an ihrem religiösen Bewusstsein etwas gelegen ist. (StR. Annelie Seidel: Sie sollen es sich auch selber zahlen.) Die verschiedenen Fürsorgeanstalten haben solche Kinder in Versorgung, deren Eltern nichts zahlen können und welche nicht unserer Parteirichtung angehören, sondern zum allergrössten Teile der ihren (Zustimmung bei den Christlich sozialen, Gegenrufe bei den Sozialdemokraten). Im 16. Bezirk sind die ersten Zöglinge, welche in sogenannte kirchliche Anstalten aufgenommen worden sind, Kinder aus Ehrenkreisen gewesen. (Zwischenruf: Wenn mir jemand eine Wohlthat er weist, so schimpfe ich nicht über den Betreffenden.) (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Wir prüfen auf Wohlthaten.) Wenn Sie einmal die Verwaltenden hier sein werden, so müssen sie die gläubigen Staatsbürger auch berücksichtigen. Wir werden uns nie das Recht nehmen lassen, dass wir gläubige auch einen Einfluss auf die Verwendung unserer Steuergelder haben. Ob Sie dann auf uns jene Rücksicht nehmen werden, welche unsere so genannten kirchlichen Anstalten auf Ihre Kinder genommen haben, wird die Zukunft zeigen. (Beifall rechts)

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters werden die Stadtrats anträge angenommen.

Damit ist die gesamte Tagesordnung erledigt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich fühle mich verpflichtet, vor Schluss der Sitzung eine Erklärung abzugeben: Gegenüber einer vom heutigen „Abend“ gebrachten Mitteilung des Inhaltes, dass auf dem Rathause Nachrichten verbreitet werden, die besagen, dass die Vorbereitungen für die Wahl in Wien nicht rechtzeitig beendet werden können, da besonders die Fertigtellung der Wählerlisten auf unüber windliche Hindernisse stösst, teile ich mit, dass die Herstellung der Wählerverzeichnisse infolge der Beschränklichkeiten der Erfassung der Wähler und der grossen Wählerzahl allerdings mit grossen Schwierig keiten verbunden war, dass aber lassen ungeachtet dem Pflichterfü

Meinungsfrage in und daher auch die Durchführung der Wahlen am 10. Februar Frage gestellt ist.

Der Besuchen und sonstigen Angehörigen der Gemeinde die zeitigere Beendigung der Wählerverzeichnisse zur gegenseitigen Einsicht Geschieht